

Bisingen, den 18.10.2011

Offener Brief an

Herrn Bundesminister der Verteidigung Dr. Thomas de Maiziere
Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann
Herrn Landesminister für Finanzen und Wirtschaft Nils Schmid
Herrn Landesjustizminister Rainer Stickelberger
Herrn Thomas Bareiß, MdB
Frau Agnieszka Malczak, MdB
Herrn Günther-Martin Pauli, MdL
Herrn Hans-Martin Haller, MdL
Frau Sandra Boser, MdL
Herrn Daniel Lede Abal, MdL
Herrn Thomas Poreski, MdL
Herrn Bürgermeister Lothar Mennig
Herrn Bürgermeister Gregor Hipp
die Bürgerinitiative Bitzwäldle
die Bürgerinitiative Freier Heuberg

und zwei Tage nach Zustellung an Obige:
die lokalen Presse- und Rundfunkmedien

- **Standortentscheidung für ein Großgefängnis im Zuge des Haftentwicklungsprogramms Baden-Württemberg**
- **Einrichtung des modernsten Sprengplatzes der Nato im Spitalwald**
- **Standortentscheidungen im Zuge der Bundeswehr-Reform**

Sehr geehrter Herr Bundesminister de Maiziere,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

drei zeitgleich, jedoch (noch) unabhängig voneinander verfolgte Großprojekte des Landes Baden-Württemberg, bzw. des Bundes veranlassen uns zu diesem Schreiben: die Standortsuche für ein Großgefängnis im Zuge des Haftentwicklungsplans Baden-Württemberg, die Einrichtung des Sprengplatzes Spitalwald, sowie die Bundeswehr-Reform, die unweigerlich mit Standort-Schließungen einhergehen muss.

Wir erkennen im derzeitigen uns bekannten Sachstand der Planungen in allen drei Projekten erheblichen Schaden für die Umwelt, die natürlichen Ressourcen und die Menschen der Region – sowie für die öffentlichen Haushalte. Diese Nachteile lassen sich bei intelligenter Koppelung der Projekte vermeiden.

Wir appellieren an die Verantwortungsträger/innen auf allen Entscheidungsebenen:

Setzen Sie sich ein für eine Politik die

- **sich an den vitalen Interessen der Bevölkerung orientiert**
- **natürliche Ressourcen schont und nachhaltig sichert**
- **sparsam und ganzheitlich optimiert mit öffentlichen Geldern umgeht**
- **das zivile Expertentum der Bevölkerung hört, ernstnimmt und in die politischen Prozesse einbindet !**

Worum geht es?

Projekt 1 sieht den Neubau eines Großgefängnisses im Bitzwald, Gemarkung Rottweil, Ortsteil Zepfenhan, an der Markungsgrenze zu Schömberg, Landkreis Zollernalbkreis vor. Das Vorhaben resultiert unmittelbar aus dem Haftentwicklungsplan des Landes Baden-Württemberg, das einen modernen Strafvollzug zum Ziel hat, der in den bestehenden Vollzugsanstalten nicht (mehr) verwirklicht werden kann. Der Standort Rottweil ist zur Erreichung dieses Ziels nicht zwingend. Er fußt auf dem Interesse der Stadt Rottweil, das wiederum auch auf Annahmen beruht, die heute keine Gültigkeit mehr haben.

Gegen den Standort spricht:

- die Entscheidung wurde über die Köpfe der unmittelbar betroffenen Bevölkerung hinweg getroffen,
- die Planungsgrundlagen sind nicht mehr aktuell, wie z.B. im sinkenden Bedarf an Haftplätzen dokumentiert ist,
- das Bauvorhaben zerstört ein intaktes Naherholungsgebiet,
- das Bauvorhaben zerstört Lebensräume seltener Tiere und Pflanzen,
- das Bauvorhaben zerstört ein Retentionsgebiet und damit einen natürlichen Schutz in einer hochwassergefährdeten Lage,
- das Bauvorhaben nimmt bisher unbeanspruchte Fläche in Anspruch und widerspricht damit dem Ziel des Landes zu einem Netto-Null-Flächenverbrauch,
- die Festlegung des Standortes erfolgte nach Willensbekundungen der aktuellen Belegenheitskommune Rottweil, bislang ohne Suchlauf nach geeigneten Brach- und/oder Konversionsflächen im gesamten in Frage kommenden Gebiet.

Weitere Informationen sind nachzulesen unter: www.jva-rottweil.com/

Projekt 2 sieht den Bau des modernsten militärischen Sprengplatzes im Nato-Raum auf der Gemarkung Albstadt vor. Bei einer in Erwägung des Bundesministeriums der Verteidigung stehenden Dezentralisierung der Kampfmittelbeseitigung würde er obsolet. Es ist unstrittig, dass Kampfmittelbeseitigung erprobt und trainiert werden muss. Bei der heute zur Verfügung stehenden Logistik sollte sie jedoch an Orten geschehen, die vermeidbare Nachteile und Gefährdungen von Mensch und Umwelt auch tatsächlich vermeiden.

Gegen den Standort spricht:

- die Standortentscheidung wurde über die Köpfe der betroffenen Bevölkerung und der Belegenheitskommune Albstadt hinweg getroffen,
- die Stadt Albstadt hat Einspruch gegen den Bau erhoben und in erster Instanz Recht bekommen,
- das Bauvorhaben liegt in einem Erdbebengebiet,
- das Bauvorhaben liegt in einem Wassereinzugsgebiet,
- das Bauvorhaben liegt in einem FFH / Natura 2000 – Gebiet (die hier geltenden besonderen Prüfanforderungen wurden missachtet),

- das Bauvorhaben führt zu Gefahrguttransporten über a) weite Strecken, sowie b) gehäuft in der Nähe des Sprengplatzes,
- der intensive Betrieb des Sprengplatzes (der schon wegen der enormen Investitionen als angestrebt unterstellt werden muss) führt zu hoher Lärmbelastung der Bevölkerung auch in weiterer Entfernung, was zu Beeinträchtigung der Gesundheit und der Lebensqualität führt,
- Wertminderung der durch Lärm und Gefährdung betroffenen Gebäude

Weitere Informationen sind nachzulesen unter: www.freier-heuberg.de/

Projekt 3 ergibt sich aus der Bundeswehrreform, die unweigerlich zu Standortschließungen führen muss. Auch wer persönlich die Notwendigkeit und /oder die Aufgabe der Bundeswehr kritisch oder ablehnend betrachtet, kommt nicht an der Erkenntnis vorbei, dass die Einrichtungen der Bundeswehr für die betroffenen Kommunen lebenswichtig und wirtschaftlich notwendig sind, bzw. waren. Im Sinne der Nachhaltigkeit und der Bestandssicherung sollten daher Pläne zur sinnvollen oder unvermeidlichen Standortschließung immer auch Lösungen zur Kompensation von wirtschaftlich relevanten Größen und zur Konversion militärischer in zivile Nutzungen beinhalten.

Im Sinne des eingangs Gesagten appellieren wir an alle Angeschriebenen, eine Gesamtschau vorzunehmen und im gegenseitigen Dialog eine optimierte, wenn möglich gekoppelte Lösung der anstehenden Aufgaben anzustreben, z.B. durch die Überprüfung einer künftigen Nutzung stillgelegter Bundeswehr-Infrastruktur als Justizvollzugsanstalt.

Wir erhoffen:

- die Abkehr vom Plan des Baus eines Großgefängnisses am Standort Bitzwaldle
- die Abkehr vom Plan des Baus des Sprengplatzes im Spitalwald
- eine Kompensation der wirtschaftlichen Faktoren bei der Schließung eines Bundeswehr-Standes

und bitten um Antwort über den Umgang mit unseren Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen,

Konrad Flegr

Mitglied des Kreistags des Zollernalbkreises

Mitglied des Vorstands des Kreisverbands Zollernalb von Bündnis 90/Die Grünen